

Irreführung

Die Classe politique merkt, dass die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» bei der Bevölkerung ankommt. Alle sehen: Es kommen zu viele und die Falschen. Man wusste von jeher, dass freie Einwanderung in einen Wohlfahrtsstaat ins Armenhaus führt. Darum wollte seinerzeit niemand in der Schweiz den freien Personenverkehr mit der EU. Die EU hat ihn erzwungen, und die Politiker haben mitgemacht.

Der damalige Bundesrat Couchepin hat mit der Prognose von maximal 8000 bis 10'000 Zuwanderern pro Jahr beruhigt – aber es kommen zehnmal mehr. Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» verlangt nicht, dass niemand mehr einwandern darf. Jene, die wir brauchen, haben längstens Platz. Sogar ohne Personenfreizügigkeit fände die Schweiz die nötigen Arbeitskräfte. Auch für den Pflegebereich. Aber fünfzig Prozent arbeiten nicht, und im Asylbereich sind dreiundachtzig Prozent keine Flüchtlinge.

Die abgewiesenen Asylbewerber werden «vorläufig aufgenommen» – aber: Sie bleiben für immer. Genau dieses Migrationsamt, das die Missstände beheben müsste, kämpft jetzt gegen



eine Reduktion. Das Ja zu «Keine 10-Millionen-Schweiz!» verpflichtet die Bundesverwaltung, endlich zu handeln. Heute vergeudet diese die Zeit, um die übertriebene Zuwanderung zu preisen. Und legt dar, dass gemäss einer Studie für die AHV im Jahr 2075 sechseinhalb Milliarden Franken fehlen würden. Auftraggeber der Studie ist das Bundesamt für Migration unter Bundesrat Jans, der die enormen Kosten der Zuwanderung einfach schönrechnet. Man verschweigt, dass die Zuwanderer später auch AHV beziehen. Das Volk wird irreführt – und die Medien machen unkritisch mit. Mindestens ein Schuss vor den Bug wäre nötig.

E gfreuti Wuche.

Christoph Blocher